

ARGUMENTE FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK

MENSCHEN BRAUCHEN SCHUTZ

Weltweit sind laut UNO mehr als 122 Millionen Menschen auf der Flucht – das sind 1,5 Prozent der Weltbevölkerung. Mehr als die Hälfte sind Binnenvertriebene, die innerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht suchen. Die Fluchtgründe sind zahlreich, wie etwa der Genozid in Gaza, die instabile Sicherheitslage in Syrien, oder die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan. All diese Ursachen lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Geflüchtete aber brauchen sofort Schutz. Wir müssen jetzt handeln.

NIEMAND FLIEHT FREIWILLIG

Wer in Europa Schutz sucht, hat großes Leid erlebt. Menschen fliehen vor Krieg, Menschenrechtsverletzungen oder aufgrund von Verfolgung wegen ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder politischen Anschauung. Zahlreiche Schutzsuchende erleiden schwerste Menschenrechtsverletzungen. Diese Flucht ist lebensgefährlich: Allein auf der Mittelmeerroute starben 2024 laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 1.100 Menschen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) verzeichnete 2024 mindestens 8.938 Tote weltweit. Es war damit das tödlichste Jahr für Schutzsuchende seit Beginn der Aufzeichnungen. Kein Mensch nimmt diese gefährliche Reise ohne Grund auf sich.



Amnesty Mitarbeiter*innen während einer Recherche in die Ukraine

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT

Dass ein Staat Geflüchteten Schutz gewährt, ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewährt jedem Menschen das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen und ein faires Asylverfahren zu durchlaufen. Außerdem verbietet die Genfer Flüchtlingskonvention, Menschen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zur Einhaltung dieser Grundsätze verpflichtet. Es ist Europas Pflicht, Menschen in Not Schutz zu gewähren.

EUROPA MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Über zwei Drittel der Schutzsuchenden, die ihr Heimatland verlassen müssen, fliehen in Nachbarländer. Nur wenige reisen weiter nach Europa: 2024 stellten rund eine Millionen Menschen einen Asylantrag in der EU, weniger als 1 Prozent der Vertriebenen weltweit. Anstatt ein menschenwürdiges Asylsystem in Europa aufzubauen, wurden viele Milliarden Euro investiert, um an den EU-Außengrenzen über 2.400 Kilometer Zäune und Mauern zu errichten. Indem die EU Schutzsuchende hindert, in Europa Asyl zu beantragen, entzieht sie sich ihrer globalen Verantwortung.

SCHÜTZEN STATT ABSCHOTTEN

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 haben laut UNO fast 5,6 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine weltweit Zuflucht gesucht, etwa 3,8 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben. Mitte Juli 2025 waren rund fünf Millionen Ukrainer*innen in Europa registriert, die meisten in Deutschland und Polen. Die größtenteils reibungslose Aufnahme, getragen von einem starken Engagement der Zivilgesellschaft, zeigt: Die EU kann einer großen Zahl Menschen Schutz bieten, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen stimmen und alle an einem Strang ziehen.

DIE MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

Menschenrechte sind wertlos, wenn sie nicht für alle gelten. Deshalb müssen wir die Rechte von Geflüchteten genauso verteidigen wie unsere eigenen Rechte. Trotzdem schränken Deutschland und die EU das Recht auf Asyl immer weiter ein. Durch die neuen Verschärfungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) droht an den Außengrenzen Rechtlosigkeit zur Norm zu werden. Die neuen Regeln werden zu mehr Leid, mehr Gewalt und mehr Pushbacks führen. Sie werden die bestehenden Herausforderungen nicht lösen, sondern weiter verschärfen.

Bei der Umsetzung der neuen Regeln muss die Bundesregierung Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Amnesty International befürchtet, dass die neuen Regeln zu einem kaum zu durchdringenden Verfahrenslabyrinth führen. Sie schaffen die Möglichkeit, einen Großteil der Schutzsuchenden künftig an den EU-Außengrenzen zu inhaftieren, um dort das Asylverfahren zu durchlaufen. Grundsätzliche Ausnahmen für Kinder, Familien oder besonders schutzbedürftige Menschen sind nicht vorgesehen. Der Zugang zu Gerichten wird Asylsuchenden weiter erschwert. Amnesty International fordert die Regierungen aller EU-Staaten dazu auf, sich klar zum individuellen Recht auf Asyl zu bekennen und sich für eine solidarische Aufnahme Schutzsuchender in der EU stark zu machen. Ein Bekenntnis zum Recht auf Asyl ist ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten.



Ankommen in Großbritannien: Syrische Geflüchtete in ihrer neuen Wohnung in London

VERANTWORTUNG NICHT AUF DRITTSTAATEN AUSLAGERN

Fluchtrouten nach Europa führen Schutzsuchende durch gefährliche Transitstaaten wie Libyen, Ägypten oder Tunesien. Dort drohen Geflüchteten willkürlich Inhaftierungen, Abschiebungen und Folter. Die EU und die Bundesregierung finanzieren in vielen Fällen den Grenzschutz dieser Staaten und tragen so Mitschuld an diesen Menschenrechtsverletzungen. Einige EU-Staaten fordern, Asylverfahren außerhalb der EU durchzuführen und Menschen in Drittstaaten abzuschieben, in denen sie noch nie zuvor waren. Solche Kooperationen sorgen dafür, dass Schutzsuchende in Drittstaaten gefangen sind und keine Chance auf Schutz erhalten.

KAUM SICHERE FLUCHTWEGE

Asylanträge müssen in der EU vor Ort gestellt werden. Doch es gibt kaum reguläre Einreisewege. Die Einreise über Land oder See wird mit allen Mitteln unterbunden. Die Beteiligung der EU am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen deckt den Bedarf nicht annähernd: 2024 wurden weit über zwei Millionen Plätze benötigt, aber weniger als 200.000 Schutzsuchende konnten weltweit umgesiedelt werden. Die EU-Staaten müssen im Sinne einer gerechten globalen Verantwortungsteilung mehr Menschen aufnehmen, mehr humanitäre Visa erteilen und den Familiennachzug erleichtern.

GEMEINSAM STARK

Petitionen, Protestaktionen, Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Politiker*innen: Amnesty International setzt sich weltweit für eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik ein. Regelmäßig besuchen Amnesty-Mitarbeiter*innen verschiedene Länder, um sich ein Bild von der Lage zu machen. 2024 und 2025 untersuchten sie unter anderem die Situation in Pakistan, Griechenland und Ägypten, sprachen mit Schutzsuchenden und dokumentierten die Situation.

EHRENAMTLICHE ARBEIT IN DEUTSCHLAND

Bundesweit gibt es zahlreiche Asylberater*innen von Amnesty International, die Schutzsuchenden bei Fragen rund um das Asylverfahren helfen. Sie nehmen regelmäßig an Seminaren teil, um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten. Zur Einschätzung der Situation in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen stellt Amnesty International Informationen bereit und erstellt Gutachten für Gerichtsverfahren.



Amnesty-Mitglieder aus ganz Europa bei einer Aktion in Bulgarien

WIR HANDELN KONSEQUENT

Wir setzen uns konsequent für das Recht auf Asyl ein, insbesondere für:

- faire Asylverfahren
- Abschiebungsstopps in Länder, in denen Schutzsuchenden schwere Menschenrechtsverletzungen drohen
- sichere, reguläre Zugangswege nach Europa und erleichterten Familiennachzug
- eine menschenrechtszentrierte Umsetzung des EU-Asylrechts
- ein Ende völkerrechtswidriger Pushbacks
- die Einhaltung und Überwachung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten

WERDEN SIE MIT UNS AKTIV!

Setzen Sie sich mit uns für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik ein!

Weitere Informationen finden Sie auf: amnesty.de/fluechtlinge



Menschenrechte sind unbezahlbar.

Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit, vielen Dank!

Weitere Informationen: amnesty.de/spenden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Sonnenallee 221 C · 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 · E: info@amnesty.de · W: amnesty.de

SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · SozialBank · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, September 2025, V.i.S.d.P. Uta von Schrenk

Folge uns auf

